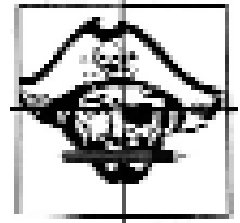


PI-RAT



Politische Informationen des FachschaftsRats Erziehungswissenschaft - No 12. - 10/17



Inhalt

Editorial	3
Die reaktionären Positionen der AfD entlarven - im Bildungsbereich und darüber hinaus	4
Inklusion - Oder: In was für einer Welt wollen wir leben?	5
Wie weiter mit der Studienreform? - Ein Manifest für die Lehre	7
Das "Baumert-Gutachten"	11
Interview zur aktuellen Auseinandersetzungen um die Entwicklung der Fakultät Erziehungswissenschaft	
Info Prüfungsanmeldung	14
Veranstaltungsankündigungen,	14-16
"Unter den Talaren - Muff von 100 Jahren", Symposium in Erinnerung an Herbert Schui, Filmabend	

Editorial

Liebe Kommiliton_innen,

in euren Händen haltet ihr die neueste Ausgabe des "PI-RAT", der Fachschaftszeitung des FSR Erziehungswissenschaft. Hiermit begrüßen wir euch zum neuen Semester und heißen besonders die ganz herzlich willkommen, die an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg jetzt ihr Studium beginnen.

Wir, der Fachschaftsrat (kurz FSR), sind die Interessenvertretung der Studierenden der Erziehungs- und Bildungswissenschaft - und auch Lehramtsstudierende können gerne zu uns kommen. Wir sind initiativ und Kulminationspunkt für politische Aktivitäten, sind Ansprechpartner und unterstützen euch bei Problemen aller Art.

Wir verstehen unsere Arbeit als politisch eingreifend und verändernd, sowohl an der Fakultät, als auch in Bezug auf die Uni und darüber hinaus. In den letzten Semestern haben wir uns intensiv mit der Verbesserung der Studienbedingungen beschäftigt und es konnte schon einiges erreicht

werden. So müssen beispielsweise Module (= inhaltliche Zusammenfassung von Seminaren und Vorlesungen, die mit einer Modulprüfung abgeschlossen werden) nicht mehr in einer bestimmten Frist absolviert werden und wir haben den "FÜS"-Bereich (Fachüberschreitendes Studium) erkämpft, dem das Leitbild der kritischen Persönlichkeitsbildung in gesellschaftlicher Verantwortung zugrundeliegt. Doch es bleibt noch einiges zu tun; so ist die fortgesetzte Unterfinanzierung der Universität - obwohl das Geld vorhanden ist - weiterhin ein drängendes Problem und das Leitbild sollte für die gesamte Universität Grundlage und Praxis sein.

Wie in jeder Ausgabe, informieren wir auch in diesem PI-RAT darüber, was in der letzten Zeit und aktuell an der Fakultät, der Universität und in der Stadt passiert – immer auch mit der indirekten Aufforderung verbunden, sich an aktuellen politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Eine Möglichkeit dies zu tun, wäre einfach mal bei uns vorbei zu schauen. Unsere Sitzungen sind immer öffentlich und finden jeden Mittwoch ab 16 Uhr im Raum 035a statt (das

Foyer ganz runter und dann auf der linken Seite).

Schreibt uns gerne auch eine E-Mail an:
fsr-erzwiss@gmx.de
oder guckt mal auf unsere Homepage:
www.fsr-erzwiss.de.

Diese Ausgabe startet mit einem Artikel über die AfD, deren Wahl in den Bundestag eine Zäsur in der neueren Geschichte der BRD darstellt. Der Kampf gegen rechte Ideologien und für emanzipatorische Gesellschaftsveränderungen bildet ein grundlegendes Element unserer FSR-Arbeit und spiegelt sich auch in den folgenden Artikeln wider. Darin behandeln wir Themen wie Inklusion, Studienreform, die Entwicklung der Fakultät, informieren über aktuelle Neuerungen in der Prüfungsanmeldung und schließen mit Veranstaltungsankündigungen, u.a. zu bis heute bedeutsamen Auseinandersetzungen - Stichwort '68.

Eine spannende Lektüre und einen guten Start ins Semester wünscht,

Euer
FSR Erziehungswissenschaft

Impressum:

PI-Rat 12-10/2017. Auflage: 600.

Redaktion: Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft.

V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss, F. Muhl, VMP 8, 20146 HH

www.fsr-erzwiss.de

Die reaktionären Positionen der AfD entlarven - im Bildungsbereich und darüber hinaus

Mit der sogenannten "Alternative für Deutschland" (AfD) sitzt nun erstmals seit 1961 wieder eine völkisch-nationalistische Partei im Bundestag. Rechtspopulistische Gruppierungen und andere Organisationen der extremen Rechten vertreten nicht nur eine extrem reaktionäre Politik, sie bedienen und befeuern in ihrem politischen Handeln gefährliche Ressentiments. Mit ihrem Programm stehen sie auch sämtlichen Zielen und Aufgaben einer kritischen und am Allgemeinwohl orientierten Erziehungswissenschaft entgegen. Diese ist bezogen auf Ziele wie Solidarität, Demokratie und gleiche Möglichkeiten der aktiven Teilhabe und Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft für alle.

Das reaktionäre Menschenbild der AfD zeigt sich auch in ihren programmatischen Positionen in Bildungsfragen: Die traditionelle (bürgerliche) Familie ist zentraler Bezugspunkt ihres Gesellschaftsbildes. Die AfD beklagt die "zunehmende Übernahme der Erziehungsaufgabe durch staatliche Institutionen wie Krippen und Ganztagschulen, die Umsetzung des ‚GenderMainstreaming‘-Projekts und die generelle Betonung der Individualität", "Frühsexualisierung" sowie einen "falsch verstandene[n] Feminismus". Diese würden "die Familie als wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit", die "Leistungsbereitschaft", "Disziplin" und "Verantwortung" vermittelt, untergraben.

Die AfD geht von der Ungleichheit der Menschen aus, propagiert die Differenzierung nach

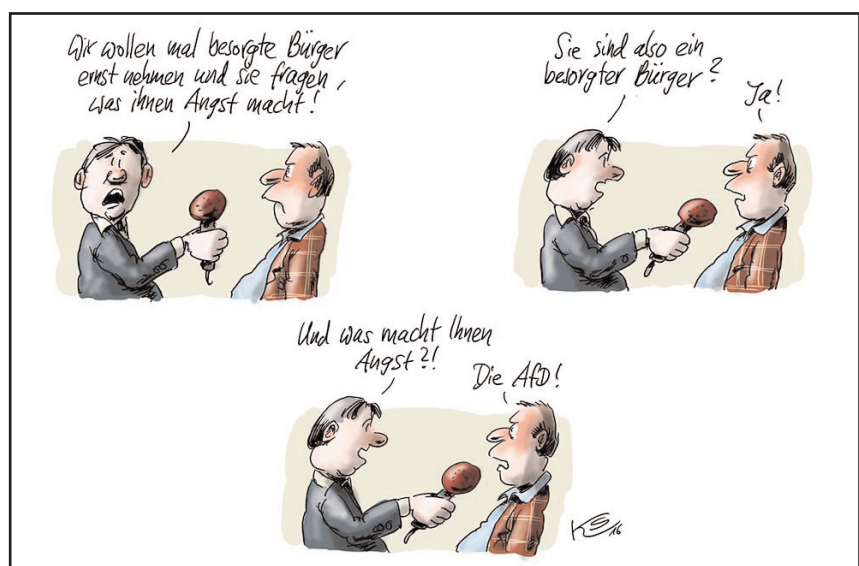
(vermeintlich naturgegebener) Leistungsstärke und fordert dementsprechend auch den Erhalt des anachronistischen mehrgliedrigen Schulsystems.

Ihre schon fast hysterische Ablehnung des Islam bringt sie dazu, die grundgesetzlich verbrieft Religionsfreiheit in Frage zu stellen, wenn etwa im Grundgesetzprogramm gefordert wird, dass im öffentlichen Dienst kein Kopftuch mehr getragen werden dürfe, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrer*innen noch von Schüler*innen.

Die Umsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Forderungen (Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuer, ...) würde zudem dazu führen, dass sich die finanziellen Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge verschlechtern würden, denn weder die Austeritätspolitik im Dienste der "Schuldenbremse" noch die Militärausgaben werden von der AfD in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund ist es auch unsere Aufgabe als (verfasste) Studierendenschaft, unsere gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und dieser rückwärtsgewandten Programmatik entgegenzutreten. Es reicht dabei nicht aus, sich moralisch über die rassistischen, revisionistischen und chauvinistischen Positionen, die von der AfD vertreten werden, zu empören. Damit gerät in den Hintergrund, dass diese kein Alleinstellungsmerkmal dieser Gruppierung sind (ein Blick in die bundesdeutsche Geschichte und Gegenwart macht das deutlich) und es wird so auch an der Gesellschaft, aus der sie entsteht, noch nichts geändert. Es kommt darauf an, die Alternative zur Programmatik der AfD - Respekt und Solidarität - auch real zu verwirklichen und die gesellschaftlichen Strukturen zu überwinden, die stattdessen Konkurrenz und Chauvinismus fördern.

So kommt es darauf an, aus der Erziehungswissenschaft heraus weiter an der Verwirklichung der

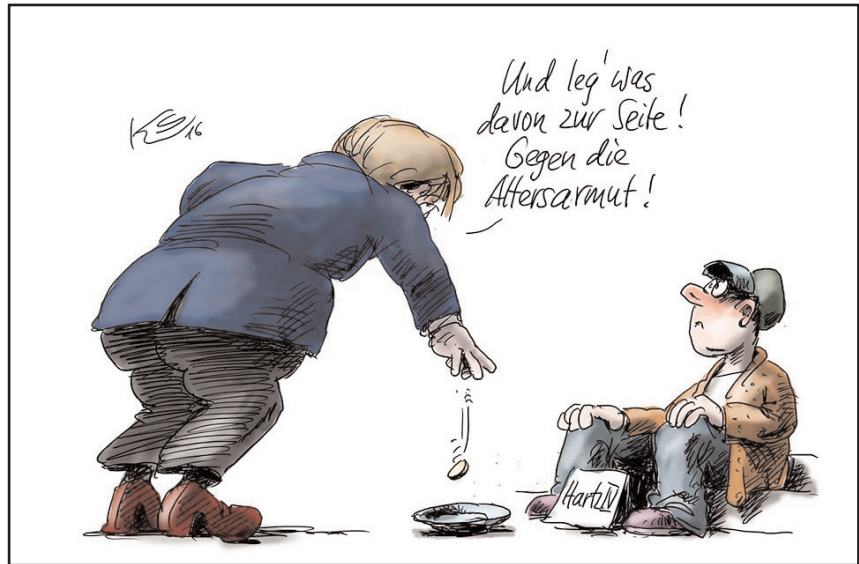


gut begründeten Forderung nach einer gemeinsamen Schule für alle Kinder und Jugendlichen und der Beendigung der Selektion nach vier bzw. sechs Jahren zu arbeiten. Auch für den Ausbau einer allgemein verfügbaren sozialen Infrastruktur mit gut ausgestatteten Gemeinwesen- und Kulturzentren, Bauspielplätzen und Sporteinrichtungen können wir von hier aus - gegen das Dogma der Schuldenbremse - einiges erreichen. Ebenfalls relevant ist die Forschung und Aufklärung über Fluchtursachen - Krieg, Ausbeutung durch die kapitalistischen Zentren, Unterstützung und Bewaffnung von reaktionären Kräften - und die wissenschaftliche Arbeit und Perspektivbildung zur Inklusion der Geflüchteten insbesondere in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Mit dem

#UHHhilft-Programm ist hier an der Uni in den letzten Semestern bereits eine entsprechende Initiative beispielgebend verwirklicht worden.

In gesellschaftlicher Bewegung - durch Engagement in der verfass-

ten Studierendenschaft, beim FSR und darüber hinaus - können wir solidarische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen entwickeln und den rechten Brandstiftern so das Wasser abgraben. Dabei kommt es auf alle an!



Inklusion - oder: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?

Inklusion ist mittlerweile nicht nur in Fachkreisen sondern auch in den Medien und der Bevölkerung ein weit verbreitetes Thema. Trotz Kritik ist es weithin unumstritten, dass es Inklusion bzw. eine inklusive Gesellschaft geben soll - jedoch mit unterschiedlichen Interessen. Es bleibt oft unklar, was Inklusion eigentlich genau bedeutet und insbesondere, was denn eine "gute Inklusion" ist, die z.B. von der Hamburger Volksinitiative "Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen" gefordert wird.

In Deutschland bildet die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention die Grundlage

für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Sie garantiert unter anderem ein Recht auf Bildung und die Wahl der Bildungsorte, bzw. freien Zugang zu Regelschulen für Menschen mit Behinderungen.

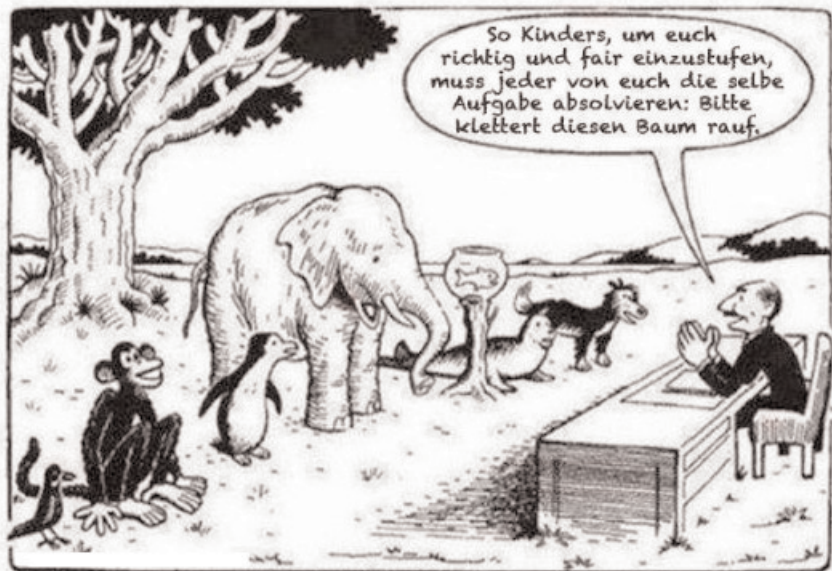
Doch Inklusion ist mehr als nur die Öffnung der Schulen. Von der UNESCO wird der Begriff "inclusion" weiter gefasst und bezieht sich auf alle marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft. Inklusion bezieht sich dort auf alle Menschen und soll möglichst umfassende Partizipationsmöglichkeiten eröffnen - sowohl im Hinblick auf das Recht auf Bildung als auch auf die Lebens-

gestaltung und Teilhabe/Teilnahme in anderen Bereichen der Gesellschaft. Diese Zielvorstellung findet auch im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung Erwähnung:

"In diesem Zusammenhang verweist Kaufmann [...] darauf, dass es in modernen Gesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland der Wohlfahrtsstaat - bzw. Sozialstaat - ist, der eine Verantwortung für die "Inklusion" der Bürgerinnen und Bürger in dem Sinne wahrnimmt, dass alle Bevölkerungsteile an den typischen Lebensmöglichkeiten der modernen Gesellschaft teilhaben können (vgl. Kaufmann 2009, S. 329 ff.). Wenn also die

Ausweitung einer öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen eingefordert wird, dann ist hiermit die Erwartung verbunden, dass sich auf diese Weise die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen verbessern und soziale Ungleichheiten zwischen verschiedenen Teilgruppen unter ihnen vermindern lassen."

(14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 2013, S.66).



Die Initiative "Gute Inklusion für Hamburgs SchülerInnen" bemängelt zu Recht, dass die Umsetzung von Inklusion in Schulen zu Kürzungsmaßnahmen geführt hat, statt alle Einrichtungen mit den nötigen Mitteln und Personal auszustatten. Und dies ist nicht nur in Schulen, sondern auch in vielen als fortschrittlich erscheinenden Projekten der Fall. So wurde beispielsweise die Ambulantisierung von betreutem Wohnen, die eigentlich die Umsetzung des Rechts auf freie Wahl des Wohnortes und der Wohnform garantieren sollte, vielerorts genutzt, um Personal und Ausgaben zu kürzen.

Entwicklungen wie diese zeigen, dass Inklusion momentan nicht im Sinne des Begriffs umgesetzt wird, sondern nach wie vor wirtschaftliche und organisatorische Interessen im Vordergrund stehen. Auch im Bildungssektor wird zur Zeit fleißig umstrukturiert und es sollen "Bildungslandschaften" geschaffen werden, die orientiert an den Bedürfnissen der Menschen den Zugang zu Bildung erleichtern und soziale Ungleichheit abbauen sollen. Doch auch trotz Ganztagschule und Verknüpfung mit dem umliegenden Sozialraum stehen hier wirtschaftliche Faktoren (Bildung als Standortfaktor) und

dementsprechende kommunale Interessen, wie die einfache Steuerung der Umsetzung, im Vordergrund. Dadurch wird keinesfalls gesellschaftliche Ungleichheit überwunden, sondern Menschen bekommen innerhalb eines bestimmten (Bildungs-) Systems etwas bessere Möglichkeiten, um sich mit besserer Qualifizierung im Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze und sozialen Status zu bewähren. Die Konkurrenz und Orientierung an wirtschaftlicher Verwertbarkeit wird damit nicht angegriffen und auch mit einer Orientierung an Menschenrechten hat das wenig zu tun. Die momentanen Entwicklungen zur Umsetzung von Inklusion sind daher immer noch von Exklusion geprägt: Nur bestimmte gesellschaftliche Gruppen werden einbezogen, orientiert an wirtschaftlichem Nutzen und möglichst einfacher Umstrukturierung, basierend auf dem Prinzip von Leistung und Konkurrenz. Dies verdeutlicht umso mehr, warum es notwendig ist, sich mit dem Thema in unserem Fachbereich intensiv auseinander zu setzen und für eine "echte Inklusion" zu kämpfen.

Was wäre "echte Inklusion"? Eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihre Lebensbe-

dingungen verfügen können, die Überwindung der sozialen Ungleichheit sowie die Orientierung an den Menschenrechten, anhand eines positiven Menschenbilds und emanzipatorischer Bildung, Arbeit und Kultur für alle. Dafür braucht es friedliche und gerechte Verhältnisse und einen Angriff auf die kapitalistischen Standortinteressen. Um es etwas pädagogischer auszudrücken, bedeutet Inklusion: lernen gemeinsam zu werden. Das geht nicht, ohne gemeinsam für bessere Bedingungen zu kämpfen.

Dem Bildungssystem kommt für die Lebensbedingungen und -gestaltung von Menschen eine besondere Bedeutung zu. Für eine emanzipatorische Bildung muss deshalb mehr geschehen als reine Wissens- und Kompetenzvermittlung. Bildung soll ermöglichen, subjektiv handlungsfähig zu werden: die Zusammenhänge erkennen und verändern lernen und darüber eine sinnvollen Lebensentwurf zu entwickeln. Diese Form der Bildung ist für eine aktive Teilnahme und Mitbestimmung in der Gesellschaft maßgeblich und hat gerade für marginalisierte Gruppen eine wichtige Bedeutung, da diese mit

ihren Bedürfnissen und Interessen meist nicht gehört werden. Um zu erkennen, dass gesellschaftliche Verhältnisse veränderbar sind und das Engagement einzelner oder in Gruppen etwas bewirken kann, muss diese Erfahrung zunächst in einem praktischen Lernprozess gemacht werden. Schule kann in diesem Zusammenhang ein "Miniaturgemeinwesen" (Dewey) sein, das sich mit dem Leben verbindet, zum Lebensraum wird, in dem durch Lebenspraxis gelernt wird, statt nur Lektionen mit fernem Zukunftsbezug zu konsumieren. In Schule könnte also aktive Teilnahme in der Gesellschaft geübt und gelernt werden. Denn emanzipatorische Bildung braucht auch die Hilfestellung von engagierten Pädagog*innen, die diese als wichtig und richtig anerkennen. In der Jugendarbeit bietet sich hierfür ein Rahmen, der es ermöglicht, von den Interessen der Kinder und Jugendlichen aus-

zugehen und diese durch Deutungsangebote von Pädagog*innen mit gesellschaftlichen Themen und Konflikten zu verknüpfen und gemeinsam zu bearbeiten. Politische Bildung ist also dazu geeignet die Inklusion von Menschen in der Gesellschaft zu fördern, indem sie erkennen, dass sie eine Stimme haben, die sie erheben und so die Gesellschaft verändern können.

Doch nur Bildung allein wird die Probleme unserer Gesellschaft und die bestehende Exklusion

nicht beseitigen. Denn Exklusion gibt es in allen Lebensbereichen, auf dem Arbeitsmarkt, im Zugang zur Freizeitgestaltung, im Zugang zu Wohnraum usw. Daher ist Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in ihrer politischen Umsetzung dringend an einer materiellen Grundlage orientiert werden muss, um nicht einfach bestehende Verhältnisse zu reproduzieren und letztendlich mit ihren Ansprüchen an mehr Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Menschen zu scheitern.

Inklusionstagung im Februar 2018

Auf einer vom FSR angestoßenen Fakultätstagung am 2. und 3. Februar 2018 wollen wir mit allen Arbeitsbereichen der Frage nachgehen, welche Ansprüche an Erziehung und Bildung in und für eine inklusive Gesellschaft gestellt werden müssen. Nach dieser grundlegenden Positionierung, bei der es auch um die Bedeutung von Vielfalt und sozialer Ungleichheit für Inklusion gehen wird, wollen wir in einem zweiten Teil der Tagung curriculare Ableitungen treffen. Alle Interessierten (auch an der Vorbereitung) sind herzlich eingeladen. Die Tagung richtet sich an alle Mitglieder der Fakultät Erziehungswissenschaft. Weitere Informationen zum Programm werden folgen.

Wie weiter mit der Studienreform? - Ein Manifest für die Lehre

Nach den großen, vor allem studentischen Bildungsstreikprotesten 2008 und 2009 gegen das Bachelor-Master-Studiensystem (Bologna-Reform) - Kritik daran wurde schon mindestens seit dessen Einführung 2007 geübt - gab es breite Bestrebungen an der Uni Hamburg das Bachelor-Master-System grundlegend zu reformieren. So fand beispielsweise 2010 an unserer Fakultät für Erziehungswissenschaft (damals noch zusammen mit der Psychologie und der Bewegungswissenschaft eine gemeinsame Fakultät) die Kon-

ferenz "Schöne neue Bildung?" statt. Auf der Konferenz wurden von den Mitgliedern der Fakultät und anderen Interessierten das aktuelle Studiensystem, dessen Ziele und Funktion in der gegenwärtigen Gesellschaft und emanzipatorische Alternativen dazu diskutiert. Ein Ergebnis der Konferenz war, dass wir an der Uni Hamburg eine grundlegende Reform der Bologna-Reform anstreben(ten). Seitdem wird dies - begleitet durch zahlreiche andere Aktivitäten - nach und nach in den universitären Gremien diskutiert, umgesetzt und es kom-

men neue Reformschritte hinzu. Ein aktuell umzusetzendes Ziel ist die Reform des Prüfungswesens. Dazu haben Mitglieder aus dem Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft das unten stehende Diskussionspapier geschrieben. So vertreten wir den Standpunkt, dass es gilt, ein Studiensystem und damit ein Prüfungssystem zu entwickeln, in dem nicht - wie häufig momentan - benotete Prüfungen im Mittelpunkt des Studiums stehen, sondern die kooperative Auseinandersetzung mit Studieninhalten.

1) Ausgangslage - Universitäre Lehre in der Abwärtsspirale?

Auch die universitäre Lehre findet vor dem Hintergrund großer gesellschaftlicher Herausforderungen statt: Die Überwindung von sozialer Ungleichheit, von Selektion im Bildungssystem, von Kinderarmut und Perspektivlosigkeit steht drängend auf der Tagesordnung.

Das mit dem Bachelor-Master-System und seinen Elementen (Credit-Points, Modularisierung, Selektion, Dauerprüfungen) implementierte deformierte Verständnis von Wissenschaft als Vermittlung von fertigen Wissenshäppchen durch Experten (die Lehrenden), setzt gegen diese Entwicklungsnotwendigkeiten auf eine Ausbildung zur funktionierenden Arbeitskraft in einer als statisch begriffenen Welt. Dieser neoliberale Irrglauben lässt sich angesichts sozialer und politischer Polarisierung immer weniger halten. Hier liegt die Fakultät mit der Grundlinie ihrer bisherigen Studienreform zurück zur kritischen Persönlichkeitsbildung in gesellschaftlicher Verantwortung richtig. Daran sollten wir weiterarbeiten.

Prüfungen haben durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren und sind - zumindest für die allermeisten Studierenden - in das Zentrum des Studiums gerückt. Zugespitzt formuliert ist der Studieninhalt lediglich zu einem Mittel zum Zweck geworden, zum Mittel um eine Prüfung mit einer möglichst guten Note zu absolvieren. Dies ist Folge des mit der Bologna-Reform verfolgten Interesses, Universitäten und ihre Studiengänge stärker unmittelbar als Ausbildung für den

zukünftigen Arbeitsmarkt auszurichten und auf Employability zu orientieren (siehe auch den folgenden Abschnitt). Damit geht eine Studienstruktur einher, die Studierende vergleichbar und deren Leistungen im Studium dafür "messbar" machen soll. Dies sollte durch Modularisierung, Credit-Points und eine hohe Zahl von benoteten Prüfungen erreicht werden. Das Studium ist zu einem Selektionsverfahren geworden - durch Prüfungen und Noten und insbesondere durch die Teilung des Studiums in Bachelor und Master. Für den Erhalt eines Masterplatzes genügt es nicht, ausreichend gute Noten zu haben, sondern es kommt darauf an, "besser" als die Kommilitonen zu sein. Dies behindert die Entwicklung einer kooperativen und solidarischen Studienkultur. Universität in gesellschaftlicher Verantwortung und Bildung, Lernen und Diskussion - die Freude an Erkenntnis - sollen damit und dabei zunehmend aus dem Blick geraten. Gesellschaftstheoretisch ist dies als neoliberale Transformation der Universität zu bezeichnen. Das Credo lautet: "Passe Dich an, verkaufe Dich, gemeinsam gestaltbar ist eh nix!"

Einschub: Warum überhaupt Ba/Ma? – Ein kritischer Blick in die Geschichte.

Der marktorientierte Zweck der gestuften Studienabschlüsse ist keine spekulative Verschwörungstheorie, sondern wird von den Befürwortern des Systems offen thematisiert. Den Aufschlag machten der "Bundesverband der Deutschen Industrie" und die "Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände", die 1990 eine Konferenz unter dem Titel "Hochschule 2000 - Wirtschaft und Wissen-

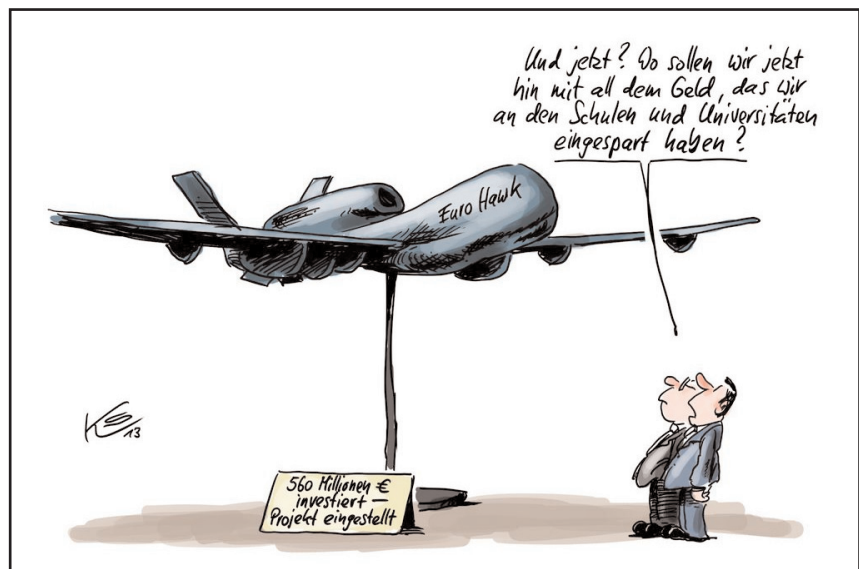
schaft im Dialog"[1] durchführten. Unter dem Grundkonsens, dass "Bildung ein Standortvorteil" sei und es um die Ausbildung von "Humankapital" (gemeint sind verwertbare Arbeitskräfte) ginge, stellte hier exemplarisch der Unternehmensberater Roland Berger die Forderung, "mehrstufige Ausbildungssysteme sollen Hochschulausbildungen für Karrieren mit mehr praktischer Orientierung einerseits und solche mit mehr wissenschaftlicher sowie Theorie- und Forschungsorientierung andererseits ermöglichen."

Drei Jahre später manifestierte sich diese Position in dem vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vorgelegten "Eckwertepapier"[2], in dem es einleitend heißt: "Der Standort Deutschland muß auch in den Bereichen Bildung und Ausbildung sowie Wissenschaft und Forschung gesichert werden [...] nicht zuletzt im Hinblick auf den sich verschärfenden weltweiten Wettbewerb". In diesem Dokument von 1993 heißt es gleich zu Beginn: "1. Differenzierung an Universitäten zwischen a) theoriebezogenem, berufsqualifizierendem Studium und b) Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Tätigkeiten in Forschung und Wissenschaft."

So wird das hinter der Ba/Ma-Einführung stehende Interesse deutlich: Die am "Standort" ansässigen Unternehmen verlangen nach akademisch qualifizierten Arbeitskräften, bei denen der ganze Quatsch von kritischer Reflexion, Verantwortung der Wissenschaft und Ansprüche der Emanzipation nicht nur überflüssig, sondern auch störend ist. Eine weiterführende wissenschaftliche Weltaneignung soll alleine einer kleinen akademischen "Elite" vorbehalten sein. Die Handelskammer in Hamburg

spricht explizit davon, dass das Humboldtsche Bildungsideal überholt sei und der Konzeption der Ausbildung von "Humankapital" weichen müsse[3].

Inzwischen ist übrigens sogar in der Handelskammer die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Kurswechsels angekommen: Bei der jüngsten Wahl des zentralen Gremiums (Plenum) ist das alte Establishment der Großunternehmer und neoliberalen Lobbyisten krachend abgewählt worden.



Die Fixierung des Studiums auf die Prüfungen, gesteigerte Arbeitsbelastung für die Lehrenden (u.a. als Folge von Mittelkürzungen, erhöhter Lehrverpflichtung, Druck zur Einwerbung von Drittmitteln und zur erfolgreichen Publikation, leistungsorientierte Mittelverteilung (LoMi) und nicht zuletzt von ständigem Prüfen) und der Druck für die Ausrichtung auf Employability haben die universitäre Lehre in eine "Abwärtsspirale" geführt. So wählen viele Studierende Lehrveranstaltungen nicht mehr primär nach inhaltlichem Interesse, sondern danach aus, bei welchen Lehrenden es (nach Hörensagen) voraussichtlich mit möglichst geringem Aufwand möglich ist, eine möglichst gute Prüfungsbeurteilung zu bekommen. Lehrende (miss-)interpretieren dies häufig als generelles inhaltliches Desinteresse von Studierenden. Zum Teil machen sie sich nicht einmal mehr die Mühe, den eigenen Seminarinhalt zu erläutern und im Voraus (in STiNE) bekanntzumachen.

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftskritischer Theorie, ihre exemplarische Vertiefung und Beschäftigung mit drängenden gesellschaftlichen Fragen ist

mehr und mehr Überblicksveranstaltungen gewichen, in denen den Studierenden zwar die Namen von WissenschaftlerInnen gelehrt, nicht aber deren Positionen, ihre historische Eingebundenheit, ihre aktuelle Bedeutung etc. gemeinsam vertieft werden. Mit dieser Verflachung des Studiums schwand das wechselseitige Interesse bzw. die Aufmerksamkeit und Neugier sowohl der Studierenden als auch der Lehrenden stetig weiter: es gibt eine wechselseitige "Unlust"-Unterstellung, die mit fortgesetzter Anspruchssetzung beantwortet wird, was das Problem nur weiter verschärft. Dies trifft zudem häufig auf die Erwartung von Studierenden, die Lehrenden müssten ihnen ein "spannendes" und "motivierendes" Lehrangebot machen, welches sie dann in den Seminaren nicht vorfinden. Das Seminar wird zu wenig als gemeinsame Angelegenheit verstanden für deren Ausgestaltung sowohl Lehrende als auch Studierende Verantwortung haben und auch (in einem gemeinsamen Bildungsprozess) voneinander lernen können.

Wir stellen nicht in Frage, dass auch gute Lehre an der Fakultät für Erziehungswissenschaft

gemacht wird. Das oben Beschriebene ist jedoch eine beobachtete und erlebte Grundtendenz, die zuletzt unter anderem in studentischen Vollversammlungen an der Fakultät geäußert und kritisiert wurde. Mit unserer Kritik verbinden wir einen expliziten Ruf nach mehr Theorie, Vertiefung, Sinn, erschütterndem Denken und exemplarischem Lernen.

Das Engagement für Eine Schule für Alle, die Überwindung der Nothilfe-Orientierung in der Sozialpädagogik, gelingende Inklusion als gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe aller erfordert Bildung in universitären Veranstaltungen als lebendige / wiederbelebte, streitbare und entwicklungsorientierte gemeinsame Auseinandersetzung. Alle Beteiligten sollten sich zudem als fach-politische Akteure ernstnehmen. Nicht zufällig sind wir in Hamburg die Erziehungswissenschaft und nicht die (Ansammlung von) Erziehungswissenschaften. Wir verstehen uns als eine eigenständige Wissenschaft, die sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt, sich fachlich positioniert und dazu in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen (verallgemeinert

handlungsfähig sein). Wir entscheiden mit, ob Inklusion ein Sparmodell bleibt oder tatsächlich beiträgt zur Überwindung von sozialer Ungleichheit hin zu einem demokratischen Miteinander. Der wissenschaftliche Streit, der in den Seminaren beginnt, ist für Persönlichkeits- und Gesellschaftsentwicklung unabdingbar. Diesen sollten wir wieder gemeinsam lernen und als positiv begreifen, um einen Gegenstand durchdringen und Konsequenzen ziehen zu können.

Unsere Grundintention für die Reform der Lehre und des Prüfungssystems ist - folgend aus der oben umrissenen Problemstellung -, dass das Leitbild "Uni in gesellschaftlicher Verantwortung", Citoyen-Bildung und die wissenschaftliche Auseinandersetzung wieder in den Vordergrund gerückt werden und nicht Noten und Prüfungen. Zudem gilt es, einen Wandel von Prüfungen und Noten als Selektionsinstrumenten hin zu Mitteln einer persönlichen Rückmeldung zu erreichen, die für die Studierenden eine sinnvolle und hilfreiche Unterstützung für ihre weitere Entwicklung und das weitere Studium/wissenschaftliche Arbeiten darstellt. Die folgenden Vorschläge für Konsequenzen im Hinblick auf Studienstruktur, -inhalte und Lehre sollen zum Erreichen dieser Ziele beitragen.

2) Vorschläge zur Reformierung der Lehre und des Prüfungssystems

Um die Theorie, die gesellschaftlich relevante Erkenntnis, den wissenschaftlichen Streit und die Positionsbildung und damit die Persönlichkeitsbildung zum mündigen, interessegeleiteten Eingreifen in das Gemeinwesen in den Mittelpunkt der universitären Lehre zu stellen, bedarf es der

sowohl inhaltlichen als auch formalen/strukturellen Reform von Lehre und Prüfungen.

Zu Studienstruktur, -inhalten und Lehre:

Für die Aufhebung der Konkurrenz der Studierenden untereinander ist es weiterhin geboten, die Hürde zwischen Bachelor und Master aufzuheben. Ein Teilschritt wäre es, eine (rechtliche) Übergangsgarantie zu schaffen. Die Universität ist keine Fortsetzung der Schule. Um alle Erstsemester in die Universität in ihrer Besonderheit einzuführen, sollte eine (fach- und hochschul-)politische Orientierungseinheit eingeführt werden, die die Aufgabe der Universität in der Gesellschaft sowie deren Widersprüche thematisiert. Dazu gehört auch, dass es mindestens in den ersten beiden Semestern keine Prüfungen und keine Noten gibt und die OE sich neben der Einführungswoche mindestens über das erste Semester erstreckt. (Hier haben wir uns mit der OE-Reform auf den Weg gemacht.)

Es werden wieder (inhaltliche) Studienpläne anstelle von festen Vorgaben (Curriculum und Referenzsemester) eingeführt, um sich bewusst inhaltlich orientieren zu können.

Für eine vertiefte und diskursive Vorbereitung der Seminare und Veranstaltungen sollte vor Beginn der Anmeldephase zu einem "Seminarplantag" eingeladen werden. Dort können die Lehrenden ihre Seminarpläne vor und zur Diskussion stellen. So kann in der gemeinsamen Auseinandersetzung das Vorhaben konkretisiert oder durch zu klärende Fragen und Anliegen verändert werden. Außerdem können die Studierenden auf dieser Grundlage eine bewusste Seminarwahl treffen.

Es sollten verstärkt Projektstudi-

en eingeführt werden, deren Charakteristikum die Einheit von gesellschaftskritischer Theorie und Praxis anhand eines exemplarischen, projekthaften Lernens ist. Diese können auch fächerübergreifend konzipiert werden, sodass die Gelegenheit entsteht, die verschiedenen Perspektiven, Inhalte und Schwerpunkte in einen Zusammenhang zu bringen.

Um auch die Lehrenden miteinander verstärkt in die Diskussion um die gesellschaftlichen Herausforderungen und deren wissenschaftliche Beantwortung zu bringen, sollte einmal im Jahr eine Themensemester-Projektwoche stattfinden. (Im Wintersemester 2017/18 findet im Rahmen des Themensemesters die Inklusions-Tagung statt.)

Die Anzahl der Prüfungen ist erheblich zu verringern. Dafür sollte das Konzept der "Prüfungsinself" im Verhältnis zu größtenteils Studienbereichen ohne Prüfungsrelevanz überprüft bzw. konkretisiert werden. Eine mögliche Konzeption dieser ist, dass im Laufe des Studiums ca. zwei Prüfungsmodule zu wählen und zu absolvieren sind. Den Zeitpunkt legen die Studierenden in Absprache mit den prüfenden Lehrenden fest.

FUßNOTEN:

1] Bundesverband der Deutschen Industrie (Hg.): Hochschule 2000: Wirtschaft und Wissenschaft im Dialog, Köln 1990.

2] Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des bildungspolitischen Spitzengesprächs, "Eckwertepapier", Bonn 1993. Nachzulesen unter: <http://www.hopo-www.de/konzepte/eckwerte/welcome.html>

3] Handelskammer Hamburg (Hg.): Hamburger Hochschulen reformieren - Mehr Freiheit für unternehmerisches Handeln, Hamburg 1999.

Das "Baumert-Gutachten"

Interview zur aktuellen Auseinandersetzung um die Entwicklung der Fakultät Erziehungswissenschaft

.....
mit Sinah Mielich und Till Petersen

(studentische Vertreter im Fakultätsrat Erziehungswissenschaft, FSR Erziehungswissenschaft)

Letztes Jahr hat das Uni-Präsidium eine Kommission, die sogenannte Baumert-Kommission, damit beauftragt, die Fakultät Erziehungswissenschaft zu begutachten, um eine Weiterentwicklung vor dem Hintergrund ihrer Unterfinanzierung voranzutreiben. Diese Kommission hat Anfang des Jahres ihren Bericht vorgelegt, in dem unter anderem diverse Vorschläge zur Umstrukturierung der Fakultät gemacht werden. Er spielt in den aktuellen Debatten eine wichtige Rolle. Daher haben wir hier ein Interview mit zwei studentischen Vertretern im Fakultätsrat der Erziehungswissenschaft geführt.

Wie kam es dazu, dass diese Kommission eingesetzt wurde und was hat sie gemacht?

Till: Im vergangenen Jahr war vom Fakultätsrat (bereits zum wiederholten Male) festgestellt worden, dass vom Land Hamburg nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Fakultät ihre Aufgaben in Lehre und Forschung erfüllen kann. Eine Variante, damit umzugehen wäre gewesen, die Stellenstruktur etc. den zur Verfügung stehenden

(zu geringen) Mitteln anzupassen. Der Fakultätsrat hat sich gemeinsam mit der Fakultätsleitung aber bewusst dagegen entschieden und keine Kürzungen beschlossen, sondern sich mit einem kritischen Brief an die anderen Hochschulmitglieder, das Uni-Präsidium und die Wissenschaftsbehörde gewandt und inhaltlich argumentiert, warum mehr Mittel erforderlich sind. Dabei wurde deutlich gemacht, dass nicht nur die unmittelbaren staatlichen Aufgaben wie die Lehrerbildung, sondern auch die Notwendigkeit echter Inklusion, die Bedeutung der Bildung und Erziehung für Demokratie, die Verantwortung der Bildungseinrichtungen für die Flüchtlingssozialität und andere gesellschaftliche Herausforderungen Kürzungen inakzeptabel machen, sondern vielmehr ein Ausbau verantwortungsvoller Wissenschaft nötig ist. Das Zustandekommen dieses Briefes war bemerkenswert, da er von VertreterInnen aller Fachbereiche zusammen erstellt wurde und so praktisch gegen die Tendenz, sich gegeneinander ausspielen zu lassen, gewirkt wurde. Der Brief war verbunden mit der Aufforderung an die anderen Fakultäten, ähnliches auch für ihren Bereich zu verfassen.

Sinah: Das Präsidium hat dann im weiteren Verlauf die genannte Kommission eingesetzt. Ihr Auftrag war es, das Verhältnis von vorhandenen Mitteln und Strukturen zu bewerten und dann Vorschläge für eine sinnvolle Weiterentwicklung, vor allem des Forschungsbereichs, zu machen. Sie hat dann VertreterInnen aller Mitgliedergruppen und Arbeitsbereiche der Fakultät befragt, alle möglichen Papiere und Tabellen gesichtet und dann ihren Bericht formuliert.

Diesem liegt die Prämisse zugrunde, die Forschung solle gestärkt werden. Die Lehre könne auch weiterhin zu einem Großteil von befristet angestellten Mitarbeitern für die Lehre erledigt werden. Von "Weiterentwicklung" zu sprechen, halten wir daher für euphemistisch, da es weiterhin letztlich darum geht, Stellen nicht wieder zu besetzen und zu streichen.

Solche Kommissionen legen ihrer Arbeit ja bestimmte inhaltliche Kriterien zugrunde, um eine Fakultät weiterzuentwickeln. Welche sind das in diesem Fall gewesen?

Sinah: Sowohl aus dem Bericht der Kommission als auch aus dem Gespräch mit Prof. Baumert anlässlich der Vorstellung des

Gutachtens haben wir den Eindruck gewonnen, dass er der neoliberalen Ideologie der 1990er/2000er Jahre verhaftet ist. Es geht zentral um die Unterordnung der Universität unter Marktmechanismen. Die "Wettbewerbsfähigkeit" – noch so ein Schlagwort – soll gestärkt werden, durch Stärkung der Forschung u.a. durch das "Einwerben" renommierter WissenschaftlerInnen, um die internationale "Sichtbarkeit" zu erhöhen, und - das sei das wichtigste - der Einwerbung von Drittmitteln. Dadurch ändert sich aber nichts an der strukturellen Unterfinanzierung.

Es wird auch großer Wert darauf gelegt, Konkurrenzverhältnisse der WissenschaftlerInnen untereinander zu schaffen und zwar durch Anreizsysteme, Stichwort: leistungsbezogene Mittelvergabe. Diejenigen, die erfolgreich sind bei der Einwerbung von Drittmitteln, bekommen Mittel für wissenschaftliche MitarbeiterInnen-Stellen. Das wird Matthäus-Prinzip genannt: der Teufel schießt immer auf den größten Haufen. Oder anders formuliert: Die verhältnismäßig wenigen Professuren, die es (noch) gibt, sollen geknüpft an ihren Erfolg in Sachen Drittmittel- und Forschungsgeldeinwerbung Mittel für Mitarbeiterstellen bekommen. Inhalte spielen keine besonders große Rolle.

Till: Diese weltanschaulichen Prämissen werden aber nicht diskutierbar offengelegt, sondern ziehen sich als eher quasi natürlich durch Gutachten und Empfehlungen. Die unterschwellige

Botschaft dabei lautet: stellst Du die zu Grunde liegende Leistungsideologie in Frage, bist Du halt selber ein Versager. Da hilft es schon, zu Enttabuisieren und in der internen Diskussion die Prämissen und den Druck offen anzusprechen, ihren ideologischen Charakter zu entlarven und das Marktprinzip mit der Sinnfrage, also der humanistischen Bedeutung der Wissenschaft zu kontrastieren.

Was sind zentrale Ergebnisse / und Empfehlungen des Gutachtens?

Sinah: Im Gutachten wird zunächst festgehalten, dass bei 51 beschäftigten ProfessorInnen 12 Professuren nicht besetzt sind – am Rande sei bemerkt, dass es 2006 in der Erziehungswissenschaft noch 120 Professuren gab. Daraufhin stellt die Kommission fest, dass von der Landesebene schon seit Jahren nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Aufgaben in Lehre und Forschung zu erfüllen. Sie kommt zu dem Ergebnis: "Die Unterfinanzierung beläuft sich bei Zugrundelegung der kapazitätsrelevanten Stellenstruktur auf mindestens 1,3 Millionen Euro jährlich." [Anm. d. Red.: bei einem Gesamt-Etat von ca. 13 Mio. Euro).

Dies ist das positive Ergebnis des Kommissionsberichts: die seit langem bestehende Unterfinanzierung ist nun unausweichlich benannt und wird von der Kommission mit der Aufforderung verbunden, dieses Defizit für die Zukunft zu beheben.

Till: Die Sauerei besteht nun darin, dass dieser Ausgleich nur erfolgen soll, wenn sich exakt an die weiteren "Empfehlungen" der Kommission gehalten wird. Es handelt sich also eigentlich eher um eine Verordnung, bzw. eine Erpressung.

Was diese weiteren Vorgaben sind, haben wir ja vorhin bereits benannt: die Einführung von Marktmechanismen und "Anreizsystemen" und das Abstellen auf Kennziffern und Drittmittel. Daraus ergeben sich auch inhaltliche Konsequenzen für die zukünftige Stellenstruktur. So sollen auf Grundlage des Baumert-Gutachtens zwei Professuren, die bekannte Theoriestellen waren, nämlich die Professur für ästhetische Bildung und die Professur für systematische Erziehungswissenschaft nicht wiederbesetzt und dafür eine Professur für Pädagogische Psychologie - eine Empiriestelle - und eine Professur für Berufspädagogik - stark naturwissenschaftlich orientiert - eingerichtet werden.

Sinah: Nichts gegen die Bedeutung der Pädagogischen Psychologie und der Berufspädagogik - wir halten die Abwicklung der Professuren, die für die Weiterentwicklung der erziehungswissenschaftlichen Grundlagenarbeit tätig sind, für falsch. Aber: Die Zeit der reinen Empirie ist vorbei, da Orientierung gebraucht wird um gesellschaftlich weiterzukommen und die epochaltypischen Schlüsselprobleme zu lösen. Dafür ist Theoriearbeit vonnöten. Die Fakultät sollte sich mit voller Souveränität für die Bedeutung dieser Stellen einsetzen und sie nicht streichen.

Was passiert jetzt mit den Ergebnissen der Kommission?

Sinah: In der letzten Sitzung des Fakultätsrats war die Struktur- und Entwicklungsplanung für die Fakultät Thema und dabei spielten die Empfehlungen der Baumert-Kommission eine wichtige Rolle. So ist etwa die Entwicklung der Stellenstruktur strittig gewesen. Auch wird gruppenübergreifend sehr kritisch gesehen, dass die "Drittmittelquote" ein Qualitätsmerkmal mit relevanter Aussagekraft ist, oder zumindest, ob es das einzige sein soll. Wir haben uns sehr dafür stark gemacht, dass die Fakultät sich auch künftig nicht mit dem Blödsinn der leistungsbezogenen Mittelvergabe belastet.

Till: Anfang des Jahres hatte auch der "Wissenschaftsrat" behauptet, dass eine leistungsorientierte Mittelvergabe für die Intensivierung der Forschung hilfreich sei. Wir halten die Forderung nach der Einführung eines Systems leistungsbezogener Mittelvergabe und daran gebundener Gratifikationen für hochgradig ideologisch. Die Fachschaftsrätekonferenz (FSRK) hat die Empfehlungen des Wissenschaftsrats Anfang März 2017 in einer Stellungnahme treffend kritisiert. [Anm.d.Red.: siehe http://www.fsrk.de/artikel_388.html] In der Fakultät wurde sich lange bewusst dagegen entschieden, so etwas zu beschließen und wir setzen uns dafür ein, dass das auch so bleibt.

Sinah: Strittig ist, ob wir trotzdem und des lieben Geldes wegen die Vorgaben umsetzen sollen, oder ob es lohnenswert ist, zu kämpfen.



Till: Wenn prinzipiell möglich ist, das finanzielle Defizit auszugleichen, dann kann das ja nicht nur für eine ideologisch rückwärtsgewandte Strukturentwicklung gelten sondern muss erst recht für den Ausbau einer gesellschaftlich verantwortungsvollen und kritischen Erziehungswissenschaft möglich sein.

Was können wir Studierenden in dieser Situation tun?

Sinah: Die Studierenden sollten sich gemeinsam mit den anderen Mitgliedergruppen in die Auseinandersetzung um die Frage, wie sich die Erziehungswissenschaft weiterentwickeln soll, einmischen. Die Begründung für die Streichung der Theoriestellen sollten wir in Frage stellen, denn die inhaltliche Umstrukturierung, die von der Baumert-Kommission vorgeschlagen wurde, ist bisher nicht grundsätzlich diskutiert worden.

Eine praktische Maßnahme wäre es zum Beispiel, das Präsidium

einzuladen um mit ihm z.B. in einer offenen Fakultätsratsitzung zu diskutieren.

Till: Außerdem sollten wir gemeinsam dafür kämpfen, dass die strukturelle Unterfinanzierung beendet wird durch eine Erhöhung der regulären Mittel für die gesamte Uni. Am 1. November wird es einen uniweiten Dies Academicus zur Hochschulfinanzierung geben, denn schließlich ist die Unterfinanzierung nicht nur ein Problem der Erziehungswissenschaft. Umso mehr VertreterInnen der verschiedenen Mitgliedergruppen sich daran beteiligen desto besser kann es gelingen, Druck aufzubauen.

Sinah: Denn Geld ist genug da - in Hamburg, einer der reichsten Städte Europas. Aber auch der Haushalt ist wegen Steuermehreinnahmen gut gefüllt, die Mittel müssen nur sinnvoll verwendet werden.

Danke für das Interview!

Veranstaltung:
**"Heute vor 50 Jahren:
 'Unter den Talaren - Muff von 1000 Jahren'
 Studentenproteste in Hamburg 1967"**



Prof. Dr. Rainer Nicolaysen,
 Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

im Gespräch mit:

Gert Hinnerk Behlmer,
 Staatsrat a. D., Bannerträger am 9. November 1967

Dr. Helga Kutz-Bauer,
 AStA-Vorsitzende im Sommersemester 1967

Franziska Hildebrandt,
 AStA-Vorsitzende 2017

Do., 09.11.2017, 18 Uhr, Audimax 1, Von-Melle-Park 4

Veranstalter: Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte der Universität Hamburg und Arbeitsgruppe "Studierendengeschichte" der Verfassten Studierendenschaft beim AStA der Universität Hamburg (Foto: Staatsarchiv Hamburg)

**!!Änderung im Verfahren der Prüfungsanmeldung!!
 ab dem Wintersemester 2017/18**

ANMELDUNG

Zeitraum: 01.11.-15.01. im WiSe und 15.04.-15.06. im SoSe

Für alle Prüfungen stehen 2 Termine pro Semester zur Auswahl, es können auch Prüfungen in späteren Semestern abgelegt werden.

Insgesamt gibt es 3 Versuche, sich prüfen zu lassen.

Dabei gelten folgende Regelungen:

Klausur	Andere Prüfungsform
– Abmeldung* bis 2 Wochen vor Klausurtermin – bei Nichtbestehen am 1. Termin: Anmeldung zum 2. Termin im selben Semester bis 15.03.2018 (bis 15.09. im SoSe) möglich – Termin in späterem Semester → regulärer Anmeldezeitraum	– Keine Erfassung einzelner Termine in STINE sondern <u>individuelle Verabredung</u> mit Lehrenden – nicht bestanden: 2. Versuch in STINE sichtbar, Anmeldung zu 2. Versuch aber über das Prüfungsbüro! – Abmeldung* bis 2 Wochen vor Beginn des 2. Prüfungsversuchs (z.B. Bearbeitungszeitraum bei Hausarbeiten) im Prüfungsbüro

***ACHTUNG:** für die Lehramter kann sich nur in dem regulären Anmeldezeitraum von Prüfungen abgemeldet werden

"...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."

Perspektive nach der neoliberalen Hegemonie - Symposium zur Erinnerung an Herbert Schui

vom 24.-26.11.2017 an der ehemaligen HWP, Von-Melle-Park 9

"[W]eg mit der Resignation, mit der Selbstbezeichnung, dass Armut und Arbeitslosigkeit der eigene Fehler gewesen sei! Trainieren wir stattdessen, uns selbst um die öffentlichen Angelegenheiten zu kümmern [...] Packen wir die Sache an mit Solidarität und Elan - geduldig und beharrlich! Es ist viel zu tun."
(Herbert Schui, 2013).

Herbert Schui war Professor für Volkswirtschaftslehre und lehrte von 1980 bis 2005 an der HWP. Im vergangenen Jahr ist er - viel zu früh - verstorben. Sein Schaffen in Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft zielte auf eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen, soziale Gleichheit, die Verwirklichung von Demokratie als Alltagsprinzip und eine emanzipatorische Kultur, kurz: eine menschliche Gesellschaft. Das Symposium steht daher unter dem Motto "'...alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.' - Perspektive nach der neoliberalen Hegemonie". Dieses Anliegen ist brandaktuell, nicht zuletzt angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung und des Erstarkens der AfD.

Vom 24.-26.11.2017 findet an der ehemaligen HWP ein Symposium zur Erinnerung an Herbert

Schui statt. Es wird von einer Arbeitsgruppe aus dem FSR Sozialökonomie in Kooperation mit dem FSR Erziehungswissenschaft u.a. organisiert.

In Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Workshops wird sich mit aktuellen ökonomischen, sozialen und politischen Herausforderungen wie der Entwicklung von Gegenperspektiven zum Neoliberalismus (Wirtschaftsdemokratie, Alternative Wirtschaftspolitik), der Einheit von Frieden und Sozialem angesichts der Krise der EU, einem wirksamen Handeln gegen Rechts in internationalem Austausch sowie der Gestaltung von Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung auseinandergesetzt werden. Den Ausklang bilden ein Kulturabend gegen die Intellektuellenfeindlichkeit sowie eine Party im studentischen Café Knallhart.

Für das Symposium konnten zahlreiche Referentinnen und Referenten aus den Bereichen, in

denen Herbert Schui zeit seines Lebens aktiv war, gewonnen werden, so zum Beispiel Werner Goldschmidt, Stephanie Blankenburg, Olaf Walther, Lucas Zeise, Rudolf Hickel, Kristian Glaser, Sebastian Chwala, Norman Paech, Fabio de Masi, Rainer Volkmann und Torsten Bultmann.

Die Veranstaltung ist öffentlich und richtet sich an alle Interessierten aus Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur. Die Teilnahme ist kostenlos. Für die Planung wird möglichst um schriftliche Anmeldung per Mail an schui-symposium@posteo.net gebeten.

Das ausführliche Programm sowie weitere Hinweise und aktuelle Informationen sind über die Seite <http://fsr-sozialoekonomie.de/schui-symposium/> abzurufen.

Alle sind herzlich zur Teilnahme am Symposium eingeladen.



berlin rebel high school



NUR DAS ZIEL IST IM WEG.

**Der FSR Erzwiss. lädt ein
zu Film und Diskussion
am 15. November
um 19 Uhr
im Anna-Siemsen-Hörsaal
(VMP8)**

EIN FILM VON ALEXANDER KLEIDER

NEUE VISIONEN FILMVERLEIH 2017 BERLIN REBEL HIGH SCHOOL eine Produktion des DOKWERK FILMKOOPERATIVE in Koproduktion mit dem WDR
BILD & TON: ALEXANDER KLEIDER, BRITANNISCHE MUSIK: ANDY LEHMANN, ALEXANDER KLEIDER, TON: LORENZ BREHM, WEISS: ECKES MALZ, ANIMATION: JUTTA KRUG, WEISS: ALEXANDER KLEIDER, DANIELA MICHEL, PRODUKTIONSASSISTENT: STEPHANIE FÜRCHERT
HERSTELLUNGSLEITER: ULI ADOMAT, REDAKTOR: ALEXANDER KLEIDER, DANIELA MICHEL, PATRICKA ROMMEL, MEDIENBEREITUNG: JÖRG HÄHNE, REDAKTION: KARL GERHARDT, SCHNITTLEITER: JÖRG SCHREYER, COLEKTORIN: CHRISTINE HIAM, KOPRODUKTION: STUDIOMITTE, TITELGESTALTUNG: MARTIN EICHHORN
GELEIHT VON: FFA FILMFÖRDERUNGSANSTALT, DEUTSCHER FILMFÖRDERFONDS, MEDIENBOARD BERLIN BRANDENBURG, KURATORIUM JUNGER DEUTSCHER FILM

KURATORIUM
JUNGER DEUTSCHER FILM

FFA

DEUTSCHER
FILMFÖRDERFONDS

medienboard
BERLIN BRANDENBURG

WDR

Neue Visionen
FILMVERLEIH